

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-Pfg. freibl., auschl. Träger. Einzelne Nr. 10 Reichspfg., Sonntags-Nr. 20 R.-Pfg. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 R.-M., 2. u. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-M., 3. u. 4. u. außerhalb des Bezirkes 0,25 R.-M., Hin- und Rückreise- und Eingangsgebühren 0,10 R.-M., Nachweise- und Offertengebühr 0,20 R.-M., Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, kädtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Bereins (G. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenleuba- bei Herrn Hermann Eiche; in Wolkensdorf bei Herrn Einar Friedemann; in Denig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirken.

Sugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensdorf und Ziegelheim.

Nr. 124

Dienstag, den 1. Juni 1926

48. Jahrgang.

### Rücktritt der Regierung in Portugal.

#### Amthlicher Teil.

Mittwoch, den 2. Juni 1926, Vorm. 10 Uhr

Wollen im gerichtlichen Pfandraume  
1 Klavier, 2 Nähmaschinen und 5000 Stk. Zigarren  
meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.  
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Waldenburg,  
den 31. Mai 1926.

Die Versteigerung des Landwagens und des Aufwagens mit  
Gummibereifung am 1. Juni findet nicht statt.  
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Waldenburg,  
den 31. Mai 1926.

Deutschlands Aufnahme in den Völkerverbund erscheint  
nunmehr gesichert.

Reichstagspräsident Lohse ist an einer akuten Entzündung  
der Gallenblase erkrankt.

Die Wirtschaftspartei fordert ihre Mitglieder auf, sich  
am Volksentscheid über die Fürstenernennung nicht zu  
betheiligen.

Das 650jährige Jubiläum der Stadt Marienburg wurde  
am Sonnabend und Sonntag festlich begangen.

Graf Bernstorff ist aus Genf nach Berlin zurückgekehrt.

In Shanghai sind neue Unruhen ausgedroht.

In Indien trat eine furchtbare Sturmflut auf.

Abdel Krim hat sich in Taza offiziell unterworfen.

In Westmarokko wird noch erbittert gekämpft.

Waldenburg, 31. Mai 1926.

Der Generalstreik in England ist bekanntlich seit  
langer Zeit beilege, dagegen dauert der Kampf im  
englischen Kohlenbergbau mit unverminderter Heftig-  
keit an. Sowohl die Zechenbesitzer als auch die Berg-  
arbeiterverbände haben den Vermittlungsvorschlag des  
Ministerpräsidenten Baldwin abgelehnt, und beide Par-  
teien sind offenbar fest entschlossen, an ihrem Stand-  
punkt festzuhalten und auf der Erfüllung ihrer For-  
derungen zu bestehen. Angesichts der Hartnäckigkeit,  
mit der dieser Lohnkampf von beiden Seiten geführt  
wird, ist mit einer Beendigung der englischen Berg-  
baukrise vorläufig nicht zu rechnen.

Unterdessen machen sich die Auswirkungen des  
Kohlenkonflikts in dem englischen Wirtschaftsleben mit  
aller Schärfe bemerkbar, sodass sich die Regierung ge-  
zwungen sah, einschneidende Verbrauchs- und Ver-  
kehrsbeschränkungen einzuführen. Für das ganze  
englische Gebiet ist die Kohlenzwangswirtschaft ein-  
geführt worden, deren unangenehme Begleiterscheinun-  
gen ja auch wir während des Krieges und in den Nach-  
kriegsjahren mehr als genug kennen gelernt haben. Die  
neuen Maßnahmen des englischen Bergbauamts sollen  
noch schärfer sein, als man sie während des Krieges  
über während des Kohlenarbeiterstreiks im Jahre 1921  
ergriffen hat. Von jetzt ab wird jede Familie nur noch  
28 Pfd. Kohlen pro Woche erhalten. Die Kohlen müs-  
sen auch von dem bezugsberechtigten Käufer selbst ab-  
geholt werden. Für den Bezug größerer Quantitäten  
ist die Zustimmung der Behörden von Fall zu Fall  
notwendig. Den Fabrikbetrieben wird jeweils die Hälfte  
ihres bisherigen Durchschnittsverbrauchs zugestanden.

Die Straßenbeleuchtung wird nur noch in einem so-  
genannten Sicherheitsminimum erhalten. Ferner sind  
alle Lichterklamen unterlagt. Das nächtliche London,  
das in den letzten Jahren an Helligkeit und an Licht-  
glanz mit Berlin und Paris wetteiferte, gewährt jetzt  
den bekannten Eindruck einer nächtlichen Stadt, die in  
Erwartung eines Luftangriffes steht. Gegen Nicht-  
beachtung der erlassenen Vorschriften sind scharfe Stra-  
fen angedroht.

Diese Einschränkungen des Kohlenverbrauchs wer-  
den natürlich allgemein als sehr einschneidend emp-  
funden. Es ist daher kein Wunder, dass sich in der Be-  
völkerung eine wachsende Ungebuld über die lange  
Dauer des Konflikts bemerkbar macht. Vielfach wird  
verlangt, dass die Regierung endlich energische Maß-  
nahmen zur Beseitigung der unerträglichen Zustände  
ergreifen soll. So ist u. a. der Plan aufgetaucht, die  
Regierung möge von sich aus ein Gesetz einbringen,  
das über die Köpfe der Bergwerksbesitzer wie der  
Bergarbeiter hinweg die Kohlenfrage regelt. In Ne-

gierungsreisen ist man aber nicht geneigt, ein der-  
artiges Mittel anzuwenden, weil damit der Kern der  
Kohlenkrise auch nicht erfasst würde. Angesichts der  
steigenden Beunruhigung der englischen Öffentlichkeit  
über die sich allmählich immer unangenehmer bemer-  
ken machende Kohlenkrise wird die Regierung nicht  
umhin können, ihre ganze Autorität zu einer raschen  
Beilegung des Konflikts in die Wagschale zu werfen.  
Wie aus London berichtet wird, will der Premier-  
minister Baldwin in der nächsten Unterhausitzung eine  
wichtige Erklärung abgeben. Angeblich soll die Regie-  
rung entschlossen sein, die Verlängerung des Aus-  
nahmestandes um einen Monat durchzusetzen.

Wie sich das Kabinett die weitere Entwicklung  
denkt, ist bis jetzt nicht bekannt. Durch die Einfuhr  
ausländischer Kohlen ist jedenfalls eine Milderung  
der Kohlenkrise nicht zu erreichen. Der normale Koh-  
lenverbrauch Englands beträgt wöchentlich drei Mil-  
lionen Tonnen, und das sind Mengen, die das Aus-  
land nicht ohne weiteres zu liefern vermag, ganz ab-  
gesehen von der Einfuhrsperre, die von der Berg-  
arbeiterinternationale und der Transportarbeiterföder-  
ation über die Kohleneinfuhr nach England verhängt  
worden ist. Die nächsten Tage werden zeigen, auf wel-  
chem Wege die englische Regierung eine Lösung der  
Krise suchen wird. Eine Verlängerung des gegenwärtigen  
Zustandes müsste für das englische Wirtschafts-  
leben, das durch die Stilllegung der Kohlengruben  
schon heute riesige Verluste zu verzeichnen hat, von  
geradezu verhängnisvoller Wirkung sein.

### Die deutschen Kolonialansprüche.

#### Eine Entschließung des Bochumer Kolonialtages.

Im Mittelpunkt der großen deutschen Kolonial-  
tagung in Bochum stand die Hauptversammlung der  
deutschen Kolonialgesellschaft. Der Präsident der Ge-  
sellschaft, Gouverneur a. D. Seitz, wies in seiner Er-  
öffnungsansprache auf die große wirtschaftliche Not-  
lage hin. Eine der Hauptursachen der heutigen  
Wirtschaftsnot bestehe darin, dass der gewaltige Bau  
der Industrie und Volkswirtschaft auf einer wirt-  
schaftlich zu schmalen föderalen Basis aufgebaut ist.  
Diese Basis müsse erweitert und ergänzt werden, durch  
Wirtschaftsgebiete in Übersee. Nach einer ausgiebigen  
Aussprache wurde folgende Entschließung an-  
genommen:

Die Hauptversammlung ersucht die deutsche Reichs-  
regierung, die deutschen kolonialen Rechtsansprüche mit  
allem der hohen Bedeutung dieser Frage gebührenden  
Nachdruck und bei jeder sich bietenden Gelegenheit zur  
 Geltung zu bringen, insbesondere nach amtlicher Zu-  
 ruckweisung der kolonialen Schuldfrage in erster Lin-  
 ie die Auslieferung der alten deutschen Kolonien zu  
 verlangen. Sollte die deutsche Reichsregierung be-  
 absichtigen, in den Völkerverbund einzutreten, so ist dies  
 von der vorherigen Zuführung der Rückgabe des deut-  
 schen Kolonialbesitzes abhängig zu machen.

Weitere Entschließungen fordern wirtschaftliche  
 Gleichberechtigung der Deutschen in allen Ländern und  
 Bekämpfung der kolonialen Schuldlage.

### Stresemann über die politische Lage.

#### Eine Wahlrede in Kofkod.

Anlässlich der bevorstehenden Neuwahlen zum  
 mecklenburgischen Landtag sprach Reichsaussenminister  
 Dr. Stresemann auf der Landesversammlung der Deut-  
 schen Volkspartei in Kofkod über die politische Lage.  
 Er ging dabei auf die Ausführungen des Grafen We-  
 starp in Schwerin ein, der unter Hinweis auf die  
 Wirkungen des Dawesplanes betont hatte, dass nur  
 eine kraftvolle Außenpolitik die furchtbare Not der  
 deutschen Wirtschaft beheben könne.

Demgegenüber erklärte Dr. Stresemann, es sei  
 nicht richtig, dass der Dawesplan eine Notlage der Wir-  
 tschaft verursacht habe. Das Wort „kraftvolle Außen-  
 politik“ litte sehr nett in den Ohren, doch könne man  
 mit dem Begriff wenig anfangen. Wenn sich heraus-  
 stellen sollte, dass die Dawesregelung nicht die Er-  
 wartungen erfüllt, so müsse eine Änderung im Ein-  
 verständnis mit den anderen Mächten erfolgen.

Zur Frage der Fürstenabfindung bemerkte  
 Dr. Stresemann, dass die Deutsche Volkspartei an ihre  
 Anhänger im Lande einmütig den Appell richtete, der  
 Stimmabgabe fernzubleiben.

### Die Bedeutung Ostpreußens.

#### Rundfunkrede des Oberpräsidenten Siehr.

Im Rahmen einer Feier, die die Berliner Funk-  
 stunde anlässlich des 650jährigen Bestehens der Mari-  
 enburg veranstaltete, sprach der Oberpräsident der  
 Provinz Ostpreußen, Siehr, über die Bedeutung Ost-  
 preußens für das Reich und das deutsche Volksleben.  
 Der Redner wies zunächst auf die wichtige Rolle hin,  
 die Ostpreußen im Laufe der Geschichte in jeder Be-  
 ziehung des politischen und geistigen Lebens für das  
 Deutschland gespielt hat, aus der es dann im letzten  
 Jahrhundert mit der rapiden Entwicklung der west-  
 lichen Industrie zeitweilig für die Öffentlichkeit  
 verdrängt wurde.

„Erst der Weltkrieg und seine Folgen“, so fuhr der  
 Redner fort, „begannen das deutsche Gewissen wieder zu  
 schärfen. Als das Diktat von Versailles den deutschen  
 Osten zerstört hatte, da sah man innerhalb und außer-  
 halb Deutschlands doch etwas verdrückt auf die neue Land-  
 kartte. Man begann sich nach und nach auch im Ausland die  
 Frage vorzulegen, wie es wohl im eigenen Lande empfunden  
 werden würde, wenn plötzlich ohne jede Rücksicht auf wirt-  
 schaftliche und politische Zusammenhänge ein Streifen frem-  
 den Hoheitsgebietes mitten durch England oder Frankreich  
 oder die Vereinigten Staaten von Nordamerika gelegt würde.  
 So wird, das sind wir gewiss, auch diese aller wirtschaft-  
 lichen und politischen Vernunft hohnsprechende Grenzziehung  
 im Osten nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Die Mitbe-  
 nutzung der Weichsel und der von Polen zum Meer führen-  
 den Bahnen will niemand dem polnischen Wirtschaftsgebiete  
 verweigern. Aber gerade weil wir im Osten mit unseren  
 Nachbarvölkern, insbesondere auch mit Polen, leben und  
 arbeiten wollen, gerade deshalb müssen wir Ostpreußen  
 immer aufs neue die Forderung erheben, dass eine Kor-  
 rektur dieser unzumutbaren Grenzziehung, die Deutschland  
 in zwei Stücke zerreiht, gefunden, der räumliche Zusammen-  
 hang Ostpreußens mit dem übrigen Deutschland wiederher-  
 gestellt werden muss.“

Der Redner ging dann kurz auf den glänzen-  
 den Abstimmungsieg vom 11. Juli 1920 ein, der  
 Deutschland wieder mit Vertrauen in die eigene Kraft  
 und mit dem Glauben an die Zukunft unseres Volkes  
 erfüllt hat und durch den in der Welt für immer das  
 Märchen zerstört wurde, Ostpreußen sei überwiegend  
 von Polen bewohnt, und der kerndeutsch empfindende  
 majoritäre Volksstamm sei eine unterdrückte polnische  
 Minderheit. Aber wer etwa, so mahnte der Redner,  
 der Meinung war, Polen habe nach dieser empfindlichen  
 Niederlage keine Absicht auf Einberleibung Ostpreu-  
 ßens ausgegeben, hatte sich gründlich geirrt. Zwar die  
 Hoffnung, durch einen militärischen Handstreich, wie  
 im Bismarckgebiet, Ostpreußen anneklieren zu können, hat  
 Polen wohl heute bereits endgültig bezogen müssen.

#### Aber Polen hofft,

dass Ostpreußen infolge seiner abgemäßen Lage und  
 geeigneter polnischer Maßnahmen mit der Zeit  
 wirtschaftlich dermaßen verelendet werden  
 könnte, dass einerseits das Reich das Interesse an der  
 entwerteten Provinz verliere, andererseits Ostpreußens  
 Wirtschaftskrise schließlich mürbe gemacht, ihre ein-  
 zige Rettung an einer Angliederung an Polen sehen  
 würden.

Dieses ostpreussische Volkswort mit allen Mitteln  
 uns zu erhalten, ist daher nicht eine ostpreussisch-pro-  
 vinzielle, sondern eine allgemein deutsche Frage aller-  
 ersten Ranges, deren Bedeutung leider im Reich und  
 vor allem hier in Berlin keineswegs immer in ihrer  
 ganzen Schwere erfasst wird.

Nur dauernden Erhaltung Ostpreußens müssen  
 wir Ostpreußen wirtschaftlich so stark wie möglich ma-  
 chen, muß die Siedlung deutscher Bauern in Ostpreu-  
 ßen mit allen Kräften gefördert, das Hineinstromen  
 polnischer Landarbeiter tunlichst eingeschränkt werden.  
 Vor allem muß aber in Ostpreußen alles getan werden,  
 um die Provinz in kultureller Beziehung und  
 auf dem Gebiete des Verkehrswezens besonders zu för-  
 dern, damit unser kultureller Vorprung vor den Nach-  
 barvölkern gewahrt bleibt und schon aus diesem Grunde  
 die Verjuche, in Ostpreußen eine polnische Freudentz  
 zu schaffen, zum Scheitern verurteilt werden.